



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Zeitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verjammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Neue Tariflöhne im Buchdruckgewerbe.

Durch Schiedspruch ist der Lohnstreit im Buchdruckgewerbe nun beigelegt worden. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Parteien am 5. und 6. November zu Einigungsverhandlungen eingeladen, die jedoch trotz größter Bemühungen des Regierungsvertreter und weitgehenden Entgegenkommens der Organisationsvertreter an dem Starrsinn der Unternehmer scheiterten. Die Prinzipale hatten die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 30. Oktober beantragt, zogen aber ihren Antrag zurück, um die Möglichkeit der Bildung eines neuen Schiedsverfahrens zu geben. Das war der einzige Erfolg der Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium.

Da die Parteien zu keiner Verständigung kommen konnten, setzte der Reichsarbeitsminister ein Schiedsgericht ein, das unter dem Vorsitz des Schlichters Professor Braun am 8. November tagte. Nach einstündigen Verhandlungen fällte der Schlichter einen neuen Schiedspruch, den wir nachstehend veröffentlichen:

Schiedspruch.

- Der Spitzenlohn wird vom 1. November 1924 ab um 6,40 Mk. auf 40 Mk. erhöht.
- Es wird eine einmalige Sonderauszahlung geleistet, die für verheiratete Männliche 8 Mk., für ledige Männliche und alle Weibliche 6 Mk. beträgt und am 5. Dezember 1924 zahlbar ist.
- Dieser Lohnstarif gilt bis zum 31. Januar 1925.
- Alle Anordnungen, um Kampfhandlungen abzustellen, sind sofort zu treffen.
- Wo Kündigungen ausgesprochen sind, sind sie zurückzunehmen.
- Wahregelungen dürfen nicht stattfinden, soweit nicht strafbare Handlungen vorliegen.
- Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.
- Die Parteien haben sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs sofort zu erklären.
- Beide Parteien lehnten diesen Entscheid ab. Auch im Schiedsgericht stimmten die Vertreter der Parteien gegen den Schiedspruch, der allein vom Schlichter gefällt wurde. Darauf erklärte der Arbeitsminister den Schiedspruch mit folgender Begründung für verbindlich:

„Da es nicht möglich war, die Zustimmung der beiden Parteien zum Schiedspruch zu erreichen, und beide Parteien erklärten, sich nur einem Zwange beugen zu wollen, hat der Reichsarbeitsminister, um den Frieden im Gewerbe bei dessen Bedeutung für das öffentliche Leben nicht zu stören, die Verbindlichkeitsklärung im öffentlichen Interesse ausgesprochen.“

Die sich aus Punkt 1 ergebenden Zulagen von 6,40 Mk. in der Spitze werden auch an alle diejenigen bezahlt, die bereits einen höheren Lohn als das bisherige Minimum bezogen. In den Fällen, wo nach erfolgter Kündigung die Forderungen bewilligt wurden, ohne daß Vorbehalte gemacht wurden, sind die bewilligten Löhne weiter zu bezahlen. Zu Punkt 2 ist zu bemerken, daß eine Abstaffelung der am 5. Dezember zur Auszahlung gelangenden Sonderzulage von 8 Mk. für alle männlichen Verheirateten und 6 Mk. für alle ledigen Männlichen und alle Weiblichen ohne Abstufung nach Ortszuschlägen, Altersklassen und zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern nicht erfolgt. Es bekommen also in allen Orten Deutschlands die angeführten Personen diese Sonderzulage in gleicher Höhe.

Was die Dauer des neuen Lohnstarifs anbelangt, so ist sie schon deshalb für uns tragbar, weil bei einem früher angelegten Termin eine Verhandlungsmöglichkeit um die Jahreswende nur schwer gegeben ist.

Wir erwarten nunmehr von unserer Kollegenschaft in allen Orten, daß sie sich genau so wie bei der Einleitung der Bewegung auch bei deren Abbruch einmütig und geschlossen hinter die Maßnahmen der Verbandsvorstände stellt. Die sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigungen gemeinschaftlich mit den Buchdruckern ist zunächst für die Organisationen ein gesetzlich zwingendes Gebot. Der Schiedspruch ist

Aus dem verbindlichklärten Schiedspruch ergeben sich ab 1. November 1924 folgende wöchentliche Lohnzulagen

Ortszuschlag	Männliche Hilfsarbeiter im Alter von								Anfängerinnen im Alter von			Sonstige Hilfsarbeiterinnen im Alter von		
	über 24 Jahre		21-24 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre		über 21 Jahre	19-21 Jahre	17-19 Jahre	über 21 Jahre	19-21 Jahre	17-19 Jahre
	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
ohne	4,22	8,08	3,78	8,50	3,37	8,17	2,78		2,84	2,67	2,42	2,27	2,15	1,94
2 1/2	4,33	4,04	8,32	8,59	3,46	8,25	2,84		2,91	2,74	2,48	2,32	2,20	1,90
5	4,48	4,18	8,02	8,68	3,54	8,33	2,92		2,98	2,80	2,56	2,37	2,25	2,04
7 1/2	4,54	4,27	4,01	8,76	3,62	8,40	2,98		3,06	2,87	2,60	2,43	2,31	2,09
10	4,65	4,37	4,10	8,85	3,71	8,49	3,06		3,12	2,93	2,66	2,49	2,36	2,14
12 1/2	4,76	4,47	4,20	8,94	3,80	8,56	3,12		3,20	3,01	2,72	2,54	2,42	2,18
15	4,86	4,57	4,29	9,03	3,88	8,65	3,19		3,27	3,08	2,79	2,60	2,47	2,24
17 1/2	4,98	4,67	4,38	9,12	3,96	8,72	3,27		3,34	3,15	2,85	2,66	2,52	2,28
20	5,07	4,77	4,47	9,20	4,05	8,80	3,33		3,41	3,20	2,90	2,72	2,58	2,33
22 1/2	5,17	4,87	4,57	9,29	4,13	8,88	3,41		3,48	3,26	2,97	2,77	2,63	2,38
25	5,28	4,97	4,67	9,38	4,22	8,96	3,47		3,55	3,33	3,03	2,83	2,69	2,43
Samm.	5,38	5,05	4,77	9,48	4,31	9,05	3,55		3,71	3,47	3,14	2,96	2,85	2,58
	5,49*	5,16*	4,87*	9,57*	4,40*	9,13*	3,62*		3,78*	3,55*	3,21*	3,13*	2,90*	2,63*
	5,60†	5,27†	4,97†	9,67†	4,49†	9,22†	3,70†		3,86†	3,62†	3,27†	3,19†	2,96†	2,68†

* Dresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

Mindestlöhne, gültig ab 1. November 1924 bis 31. Januar 1925.

Männliche Hilfsarbeiter.

Ortszuschlag	über 24 Jahre				21-24 Jahre				19-21 Jahre				17-19 Jahre	
	Wochenlohn		Stundenlohn		Wochenlohn		Stundenlohn		Wochenlohn		Stundenlohn		Wochenlohn	Stundenlohn
	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	Mk.	Mk.
0	26,40	24,82	55	52	23,31	21,91	49	46	21,08	19,82	44	41	17,36	86
2 1/2	27,06	25,44	56	53	23,89	22,46	50	47	21,61	20,31	45	42	17,79	87
5	27,72	26,06	58	54	24,48	23,01	51	48	22,18	20,81	46	43	18,23	88
7 1/2	28,38	26,68	59	56	25,06	23,55	52	49	22,66	21,30	47	44	18,68	89
10	29,04	27,30	61	57	25,64	24,10	53	50	23,19	21,80	48	45	19,10	40
12 1/2	29,70	27,92	62	58	26,23	24,65	55	51	23,72	22,29	49	46	19,53	41
15	30,36	28,54	63	59	26,81	25,20	56	52	24,24	22,79	51	47	19,96	42
17 1/2	31,02	29,16	65	61	27,39	25,75	57	54	24,77	23,28	52	49	20,40	43
20	31,68	29,78	66	62	27,97	26,29	58	55	25,30	23,78	53	50	20,83	44
22 1/2	32,34	30,40	67	63	28,56	26,84	60	56	25,82	24,27	54	51	21,27	44
25	33,00	31,02	69	65	29,14	27,39	61	57	26,35	24,77	55	52	21,70	45
Samm.	33,66	31,68	70	66	29,72	27,99	62	58	26,88	25,31	56	53	22,18	46
	34,32*	32,34*	71*	67*	30,30*	28,57*	63*	60*	27,40*	25,84*	57*	54*	22,64*	47*
	35,00†	33,00†	73†	69†	31,00†	29,10†	65†	61†	28,05†	26,37†	58†	55†	23,10†	48†

* Dresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

Weibliche Hilfsarbeiter.

Ortszuschlag	Anfängerinnen						Hilfsarbeiterinnen					
	über 21 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre		über 21 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre	
	Wochenl.	Stundent.	Wochenl.	Stundent.	Wochenl.	Stundent.	Wochenl.	Stundent.	Wochenl.	Stundent.	Wochenl.	Stundent.
0	17,75	87	16,68	85	15,09	81	14,29	80	13,48	78	12,14	75
2 1/2	18,19	88	17,10	86	15,46	82	14,65	81	13,76	79	12,45	76
5	18,63	89	17,51	87	15,84	83	15,00	82	14,10	80	12,75	77
7 1/2	19,08	90	17,93	87	16,22	84	15,36	83	14,44	80	13,06	77
10	19,52	91	18,35	88	16,59	85	15,73	83	14,77	81	13,36	78
12 1/2	19,97	92	18,77	89	16,97	85	16,07	83	15,11	81	13,66	78
15	20,41	93	19,18	90	17,35	86	16,43	84	15,44	82	13,97	79
17 1/2	20,85	94	19,60	91	17,73	87	16,79	85	15,78	83	14,27	80
20	21,30	94	20,02	92	18,10	88	17,15	86	16,12	84	14,57	80
22 1/2	21,74	95	20,48	93	18,48	89	17,50	86	16,45	84	14,88	81
25	22,18	96	20,95	94	18,86	90	17,86	87	16,79	85	15,18	82
Samm.	22,62	97	21,41	95	19,24	91	18,22	88	17,11	86	15,48	83
	23,10*	98*	21,90*	96*	19,62*	92*	18,59*	89*	17,44*	87*	15,78*	84*
	23,60†	99†	22,40†	97†	20,00†	93†	18,96†	90†	17,77†	88†	16,08†	85†

* Dresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

In Orten bis einschließlich 10 Prozent Ortszuschlag, in denen insgesamt nicht mehr als 20 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt sind, ermäßigen sich die vorstehenden Sätze um 10 Proz. (§ 4 Ziffer 5) des Reichstarifs.

verbindlich erklärt, wodurch die Organisationen verpflichtet sind, wenn sie sich nicht schadenstiftend machen wollen, alle Kampfmaßnahmen einzustellen. In den wenigen Orten, in denen voreilig in den Streik getreten wurde, dürfte nunmehr auch die Einsicht Platz greifen, daß ein weiteres Verharren im Ausstand zwecklos ist und die bereits erbrachten Opfer nur noch vergrößert. Wir glauben auch, die Kollegenschaft in diesen Orten nicht nur formell auffordern zu müssen, die Arbeit unter den neuen Bedingungen wieder aufzunehmen, sondern ihr auch nahelegen zu dürfen, im Interesse der Gesamtheit und in ihrem eigenen Interesse den Weisungen der Verbandsvorstände Folge zu leisten.

Zun unferen Jahrestellenvorständen erwarten wir daher nunmehr, daß sie sowohl unseren Mitgliedern, die in letzter Zeit nicht einsehen wollten, warum und weshalb die Organisation von ihnen höhere Leistungen verlangt, vor Augen führen, welche Vorteile ihnen jeder pflichtgemäß Verbandsbeitrag bringt, und daß sie auch an Hand der erzielten Errungenschaft die Unorganisierten über den Wert der Organisationszugehörigkeit in der entsprechenden Form aufklären. Die Verbandsleitung hat jedenfalls das bei Einleitung der Herbsttagung und bei der Begründung der neuen Beiträge gegebene Versprechen, für eine wesentliche Erhöhung der Löhne zu sorgen, in jeder Beziehung erfüllt. Nun hoffen wir aber auch, daß umgekehrt die Kollegenschaft auch ihren Verpflichtungen nachkommt. Den Unternehmern liegt unser Vorgehen und ihr Ergebnis nur allzuschwer im Magen, und sie werden natürlich alles versuchen, sobald es ihnen möglich erscheint, dagegen anzukämpfen. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Es denke ja niemand, daß man jetzt wieder die Hände in den Schoß legen darf. Wir müssen das Errungene auch zu halten verstehen, und das ist nur möglich, wenn die gesamte Kollegenschaft treu zu ihrem Verbands steht.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923, 182 Seiten, Preis in Ganzleinen gebunden 3 Mk., kartiert 2 Mk., Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Jahrbuch des ADGB über das Geschäftsjahr 1923 ist jetzt erschienen. Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, sondern gibt trotz der knappen Form ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Stellung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vom ganzen Volke abzuwenden.

Als Kriegsjahr wird das abgelaufene Jahr bezeichnet. Mit Schrecken erinnern wir uns der dreieinhalb Jahre des blutigen, mit allen technischen Hilfsmitteln geführten Krieges, und doch löst der Inhalt des Buches die Frage auf, ob nicht die Wirkung des Wirtschaftskrieges des letzten Jahres noch viel verheerender gewesen ist. Diese Wirkung kommt nicht nur auf das Konto der Bedrückungen durch die ehemaligen Feindmächte, sondern im gleichen Maße auch auf die Ziellosigkeit der deutschen Regierung, die ohne Plan, ohne sichere Finanzierung den Kampf um das Ruhrgebiet durchzuführen zu können glaubte. Den Nachweis dieses Sachverhalts bringen die lebendigen Schilderungen der Kapitel: „Die Besetzung des Ruhrgebietes“, „Die wirtschaftliche Wirkung des Ruhrkampfes“, „Gewerkschaftliche Forderungen zur Steuererhebung“ und „Der Lohnkampf der Ruhr und die Preissteigerungen“. In diesen Kapiteln wird aufgezeigt, wie besonders die Arbeiterchaft im Ruhrgebiet spontan in den Abwehrkampf gegen die Besetzung eingetreten ist, wie der Bundesvorstand vom Anbeginn des passiven Widerstandes versucht hat, Vorzüge zur Unterstützung der kämpfenden Arbeitgenossen zu treffen, wie er weiter mit Entschiedenheit sich der Regierung gegenüber eingesetzt hat, diesen ungleichen Kampf nicht bis zum Witzhalten auf die Spitze zu treiben. Tragisch ist das anschauliche Bild über die Folgen der Markentwertung bis zur Billionenrechnung für eine Goldmark; doppelt tragisch in der Gegenüberstellung der Haltung unserer „Wirtschaftsführer“ gegenüber den praktischen Vorschlägen der Gewerkschaften, dieses Verfallens der Papiermark aufzuhalten. Der Versuch der Stresemann-Regierung, in letzter Stunde durch draconische Steuern den völligen Zusammenbruch zu verhindern, sowie die im Oktober in Angriff genommene Stabilisierung der Währung durch die Schaffung der Rentenmark sind eine Rechtfertigung der so oft unredlich erhobenen Gewerkschaftsforderungen.

Lebendig wird auch die Erinnerung an die furchtbaren Sommermonate des Vorjahres bei dem Rückblick auf die Angriffe gegen die Republik durch Nationalisten, Faschisten

und Separatisten, denen die Kommunisten mit ihren fortdauernden Generalstreikparolen wirksam in die Hände arbeiteten. Verdienst der Gewerkschaften ist es, daß die Republik diesen Anstürmen nicht zum Opfer fiel.

Eine andere Seite der deutschen Wirtschaft zeigen die Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Denen, die oftmals kritisch in aufgeregten Versammlungen den Vorwürfen bestimmen, daß die Gewerkschaften sich um das Schicksal der Arbeitslosen nicht genügend kümmern, wird die Lektüre dieses Kapitels eine andere Auffassung einhämmern. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterstützungslage geändert, nur um gegenüber der Inflationswirkung die Kaufkraft des Unterstützungsbetrages einigermaßen zu erhalten. Ergänzt wird diese Tätigkeit durch die Bemühungen zur Bereitstellung von Notstandsarbeiten und zur Eindämmung der rigorosesten Bestimmungen bei Anwendung der Grundzüge über die Pflichtarbeit. Daß eine solche Tätigkeit den Interessen der Arbeitslosen besser dient, auch mehr Wissen und Können voraussetzt, als die Veronkaltung zweifelt, oft mit schweren Folgen für die Beteiligten verbundener Arbeitslosendemonstrationen, wird auch das letzte Gewerkschaftsmittglied anerkennen müssen.

Ganz unentbehrlich für alle in der praktischen Agitation stehenden Gewerkschafter ist die Kenntnis der Darlegungen über den Kampf um den Achtstundentag. Auch in dieser Frage konnte sich ja die sogenannte Gewerkschaftsopposition nicht genug tun in Vorwürfen, daß die Arbeiterchaft durch die Gewerkschaften betrogen worden sei. Die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe ergibt sich aus der chronologischen Darstellung des Werdens der Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1923, angesprochen von den Beratungen der Arbeitszeitgesetzgebungsstelle durch den Vorläufigen Reichs-wirtschaftsrat bis zu den Bemühungen in der endgültigen Verordnung, wenigstens die berechtigten Ansprüche der Arbeiterchaft zur Anerkennung zu bringen. Mitbehandelt ist bei dieser Gelegenheit die Einstellung der Schlichtungsbehörden und die Stellungnahme des Bundesauschusses zur Frage der zwangsstarren Regelung der Arbeitsbedingungen.

Der folgende Abschnitt beleuchtet die zweigastufige Lohnpolitik der Gewerkschaften während der Inflationszeit. Es schließt sich daran die Statistik über die Lohnbewegungen im Jahre 1923, die Statistik über die Entwicklung der Verbände während des gleichen Jahres.

Die Funktionäre haben dieses Material im letzten Jahre schmerzhaft bemerkt, weil die Rückwirkung der Inflation den Bundesvorstand zwang, die statistischen Beilagen des „Korrespondenzblattes“ wegzulassen zu lassen. Durch Aufnahme des Ergebnisses der trotz dem durchgeführten regelmäßigen Erhebungen im Jahrbuch wird nicht nur diese Lücke gefüllt, sondern auch Gelegenheit zur Information über die Wirksamkeit und Entwicklung der einzelnen Verbände gegeben. Das Jahrbuch wird dadurch zugleich zum unentbehrlichen Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch.

Neben den bisher angeführten Abschnitten wird im Jahrbuch zu der kommunistischen Fortführungsarbeit Stellung genommen, das Wirken der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale behandelt und in besonderen Abschnitten auf die Fragen der Ein- und Auswanderung und der Forderung für die Gewerkschaftsangehörigen in den abgetretenen Gebieten Bezug genommen. Daran schließen sich besondere Kapitel über das Heimstätten- und Siedlungsweesen, der Wohnungsfürsorge, den Stand der Bauarbeitergesetzgebung, der Bildungsbestrebungen und ein Ueberblick über die Wirksamkeit des Jugendsekretariats für die Ausgestaltung der Jugendorganisations und des Sechslingsweesens. Alle diese Kapitel können nur angebeutet werden, weil jedes nähere Eingehen auf den Inhalt viel zu weit führen würde. Dasselbe gilt für die folgenden Abschnitte über die Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaften, den Stand der Umwandlung der Verbände zu Industriegewerkschaften, der Rechnungslegung der Bundesstelle und der inneren Verwaltungsgeschäfte.

Die Fülle des hier aufgezeigten Inhalts gibt allen Lesern des Jahrbuchs einen Ueberblick über das riesige Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Dieses Gebiet ist nicht zu meistern mit der nur gefühlsmäßigen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen dazu kommen, daß mindestens die Funktionäre mit allen Problemen der Bewegung so vertraut sind, daß sie bös-willigen Kritikern zu jeder Zeit begegnen können. Material dazu bietet das Jahrbuch in ausreichendem Maße. Wer über

die Wirksamkeit der Bewegung verlegen will, muß seinen Anhalt kennen. Das Buch gebietet deshalb in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre.

Kapitalistische Widerstände gegen den sozialistischen und gewerkschaftlichen Propagandafilm.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

In Nr. 43 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnächst ein sozialistisch-gewerkschaftlicher Propagandafilm erscheinen würde. Es wurde auch angedeutet, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegengekommen haben. Nun ist der Film erschienen. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst anzusetzen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß das Problem allgemein gut gelöst wurde. Der Film steht inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgends eine aufdringliche Tendenz, alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil gerade enthußstatische Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unaufdringliche, jedoch äußerst wirksame Tendenz ist es, was die kapitalistischen Instanzen wachgerufen und die neuen Widerstände heraufbeschworen hat. In Berlin hat man die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirkliche Schlusszene wenigstens zu unterkriegen. In anderen Orten des Reiches hat das Filmkapital es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer dergestalt zu organisieren, daß ganze Landesstelle die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsauschüssen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeiterkreisen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsarbeit zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Propagandamittel nicht von bürgerlichen und furchtsamen Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn's gar nicht anders geht, müßten sie eigene Vorstellungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampfe gegen den vielfachen Schund und Klisché im Film ein Verdienst erwerben, für das die Arbeiterchaft ihnen sicher danken wird.

Gegen die kurzen Arbeitspausen.

In den letzten Jahren ist von der Arbeiterchaft recht häufig als ein Mittel zur Verkürzung des Arbeitstages die Verkürzung der Pausen betrachtet worden und zur Anwendung gekommen. Während in der Kriegszeit in kleineren Städten und in ländlichen Gegenden eine zweistündige oder anderthalbstündige Mittagspause und in den größeren Städten die einständige Mittagspause fast allgemein üblich war, ist jetzt eine halbstündige Pause für die Mehrzahl der Betriebe die Regel. Einige Betriebe haben sich sogar schon um behördliche Zulassung einer noch kürzeren Pause bemüht. Eine mindestens einmalige Unterbrechung der Arbeit am Tage durch eine Pause ist notwendig, allein schon zur Einnahme einer Mahlzeit. Nicht jede Arbeit ge-

Aus der Arbeitslosenzzeit.

Eindrücke und Beobachtungen eines Arbeitslosen.

Dreimal wöchentlich hatte ich jeder zur Kontrolle und einmal zur Unterfütterungszahlung einzufinden. Wer dabei fehlte, dem wurde dieser Tag getilgt. Betrachtete man die Masse der Arbeitslosen, so waren alle Altersklassen, Stände und Berufe, darunter vertreten. Neben dem Arbeiter standen Handwerker, Kaufleute, abgediente Beamte, weibliches Fabrik- und Dienpersonal usw. Auch die Inonemannen besseren Stände, Kleinrentner, ehemalige Hausbesitzer, Geschäftsinhaber, Handwerksmeister, ja sogar Künstler, Schaufolierer hatte dies Mißere hierher geführt, um den notwendigen Danks zu empfangen. Schon in der Kleidung, dem Auftreten und in der Unterhaltung ließ sich Bildung und Herkommen leicht erkennen. Man konnte feststellen, daß mancher einst besserer Tage gesehen hatte und nur widerwillig, mit Resignation sein gegenwärtiges Schicksal hinnahm. Gesprächsweise gewann man oft den Einblick in den Lebensgang einzelner und konnte wahrnehmen, wie durch die Zeitverhältnisse einst gute Existenzen verarmt sind und jetzt um Almosen bitten mußten.

Neben mir steht ein älterer Mann, er erzählt: „Ich bin Vater- und Lackiermeister, hatte mich hochgearbeitet und zeitweise bis 5 Gehilfen beschäftigt. Während des Krieges gab es wenig Arbeit, ich machte sie ohne Gehilfen, da solche nicht zu haben waren. Nachdem ich nur selten etwas verdiente, weil das Baugewerbe danieder lag, von dem mein Beruf u.ä. abhängig ist. Jetzt hat die Sache so, daß ich überhaupt nicht mehr in der Lage bin, Material, Farben, Lacke usw. zu kaufen, weil alles zu teuer ist und mir das Geld fehlt. Was ich für die alten Tage erparat habe, ist verfallen, ich habe nichts mehr. Da ich selbständig war, wollte man mir keine Unterstützung gewähren. Nach wiederholtem Vorstellwerden und behördlicher Feststellung meiner Lage habe ich nun endlich eine geringe Unterstützung er-

kämpft, wozu ich jetzt mit Frau leben muß. Von Kindern kann ich nichts erhalten, weil beide Schwiegeröhne auch ohne Arbeit sind.“

Ein kaumjünglicher Angestellter (Prokurist), fast 30 Jahre bei derselben Firma angestellt, wird entlassen, weil der Betrieb wegen finanzieller Schwierigkeiten Personal abzubauen muß. Er klagt, daß er keine Aussicht habe, jemals wieder in seinen Beruf hineinzukommen, die Branche sei überflutet, und er mit 37 Jahren zu alt sei. „Von meinem Gehalt vermute ich wohl einiges zu verdienen, aber als Vater dreier Töchter war ich verpflichtet, bei ihrer Verheiratung eine Ausstattung zu beschaffen. Ich war infolgedessen genötigt, bis zur Erlangung der Angestelltenrente in Stellung zu bleiben. Was nun nur trübe Aussichten für die Zukunft! Dabei habe ich das humanistische Gymnasium absolviert, und wäre in der Lage auf Grund nochmaliger Prüfung eine bessere Stellung zu bekommen.“ — Zufällig treuzug sich seitlich unsere Wege, er erkannte mich wieder und teilte mit, daß er erst kürzlich durch Vermittlung eines Schulfreundes eine untergeordnete Stellung als Expedient erlangt habe, die monatlich mit 90 Mark, ein Viertel seines früheren Gehalts, dotiert sei.

Man konnte unter den Arbeitslosen Leute finden, von denen man niemals erwartet hätte, daß sie die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müßten. Das Hauptkontingent der Arbeitslosen stellten die Metallarbeiter, Bauarbeiter und die sogenannten Ungelehrten. Die Unterernährung der Arbeitslosen nebst Angehörigen war bei der geringen Unterstützung nicht verwunderlich, obwohl der Konsum-Berein und verschiedene Geschäftsleute diverse Artikel verbilligt abgaben, auch inunter gratis verteilten, was dankbar anerkannt werden muß. In den Vorkriegstagen war besondere Leben, man sah freundliche Gesichter und war froher Hoffnung, daß man sich heute wieder einmal satt essen konnte. Eine Anstrengung war das stundenlange Warten und Stehen in kalten Wintermonaten. Mitunter vergingen 8 Stunden, ehe man bei der Auszahlung an die Reihe kam. Die

fortwährende Samenstation über unzureichende Unterstellungen war berechtigt, jedoch war es falsch, wenn gewisse Personen ihren Unmut an den expedienten Beamten ausließen, die doch nur ausführende Organe waren. Unbezahlbare Menschen waren der Matrone, die Beamten verfahren nach Uebdanken, während sie sich doch an die behördlichen Bestimmungen zu halten hatten. Gewöhnlich traten derartige Diferenzen ein, wenn für die laufende Woche bereits Vorkäufe gemacht waren, die nun abgezogen werden sollten. Die Not und das Elend, zumal bei den schon lange Zeit Arbeitslosen, war groß. Abgetragene Kleidung, defektes Schuhwerk, mitunter nur in Lumpen gehüllt, dazu die strenge Kälte des letzten Winters, Him-er im Leibe, das war zu viel, und die anwendenden Sanitätler mußten täglich ihrer Pflicht obliegen.

Gewöhnlich nahm ich mir wegen der langen Wartezeit etwas Frühstück mit. Während ich aß, sah ich mir ein junger erbärmlich gekleideter Mann recht benehlig an. Er sahse Zukrauen und trot an mich herzu mit der Bitte, ob ich noch etwas übrig habe, da er seit gestern früh nicht mehr gegessen und Hunger habe. Sofort gab ich ihm die zwei mit Margarine geschnittenen Brotkrumen, die er dankbar annahm. Mit großer Hoff. bei den Hunger kenzzeichnet, verzehrte er sie in kurzer Zeit. Ich bedauerte, daß ich nicht mehr hatte. Wir unterhielten uns — er hatte Tränen in den Augen — und ich erfuhr, daß seine Frau geftern das letzte Brot angeschnitten habe und er heute früh seinen fünf Kindern das letzte Stückchen nicht wegnehmen wollte. Derartige Szenen kamen oft vor und wer etwas hatte, teilte bereitwillig. Leider kam es aber auch vor, daß Betrunkene sich einfanden. Diese Sorten Menschen, die in der trostlosen Lage das Geld für Fust ausgaben, haben der Allgemeinheit der Arbeitslosen sehr geschadet.

Verheiratete mit Kindern unter vierzehn Jahren erhielten pro Kopf einen Zuschuß und bei besonders zahlreicher Familie auf Ansuchen Kohlen, Lebensmittel und eventuell auch Kleidung gestiftet. Hatte hingegen ein Familienvater Arbeit

staltet das Essen so nebenher. Bei einer sehr großen Reihe von Arbeiten ist das Essen während der Arbeit auch mit großen Gesundheitsgefahren verbunden. Vergiftungen und Erkrankungen durch Blei, Bleiweiß, Quecksilber, Terpentin, Oel und zahlreiche andere gesundheitsgefährliche Stoffe, die im Arbeitsprozeß verwendet werden, beim Verarbeiten von Fellen und Häuten usw., die nicht selten zur völligen Erwerbsunfähigkeit und sogar zum Tode geführt haben, sind häufig darauf zurückzuführen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Arbeit gegessen haben.

Diese traurigen Erfahrungen haben erheblich dazu beigetragen, Baulen zur Einnahme der Mahlzeiten einzuführen und Waschgelegenheiten und auch besondere Eräume zu schaffen, damit die Arbeiter sich säubern können und nicht Gefahr laufen, mit den Händen oder durch den Arbeitsstaub schädliche Stoffe den Schwanz und mit diesem dem Körper zu übertragen.

Die Arbeiterschaft hat durch ihre Organisationen energisch um Arbeitspausen und Eräume kämpfen müssen. Sie hat dabei Unterstützung gefunden und ist oftmals dazu erst angeregt worden durch interessierte Gewerbeaufsichtsbeamte und durch Männer und Frauen der Wissenschaft.

Eine Unterbrechung der Arbeit für eine bestimmte Zeit am Tage ist aber nicht nur zur Einnahme einer Mahlzeit notwendig, sondern auch, um den Körper — wenn auch nur für kurze Zeit — ausruhen zu lassen und um, wenn möglich, in dieser Zeit andere Luft zu atmen.

Bei längerer Arbeitszeit reichen die Kräfte für ununterbrochene oder nur durch kurze Pausen unterbrochene Arbeit einfach nicht aus. Das spürt freilich nicht jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in gleichem Maße und vor allen Dingen nicht immer in jungen Jahren. Es liegen aber zahlreiche Beweise dafür vor, daß eine bestimmte Ruhezeit am Tage aus Gesundheitsrückgründen notwendig ist. Diese Beweise liefern vor allen Dingen die Unfallziffern. Die Zahl der Unfälle steigt mit der Arbeitsdauer. Sie ist am geringsten bei Beginn der Arbeit am Morgen und nach den Pausen und am häufigsten vor Eintritt des Arbeitstages.

Diese Feststellungen in Verbindung mit den Ergebnissen ärztlicher Untersuchungen haben zur gesetzlichen Festlegung der mindestens einstündigen Mittagspause durch die 1891 in Kraft getretenen Bestimmungen des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes geführt. Für erwachsene männliche Arbeitskräfte waren in der Vorkriegszeit in der Regel gefällige Pausen und eine gefällige Begrenzung des Arbeitstages nicht vorgesehen. In der Praxis waren aber für diese fast ausnahmslos die Pausen die gleichen wie für die Frauen, und es bestanden abweichende Pausen nur für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren.

Die Einführung der einstündigen Mittagspause wurde feinerseitig von der Arbeiterschaft nicht selten bekämpft, zum mindesten nicht begrüßt. Nachdem die zwölf- und dreizehnhündige Arbeitszeit durch die Erfolge gewerkschaftlicher Organisation der elf- und zehnhündigen Arbeitszeit gewichen war, hatte sich vielfach die halbstündige Mittagspause eingeführt, neben der allerdings meist noch eine viertelstündige Frühstückspause und manchmal auch noch eine gleiche Vesperpause bestand. Die Verlängerung der Mittagspause im Jahre 1891 um eine halbe Stunde bedeutete also für zahlreiche Männer und Frauen eine Verlängerung der Zeit, die sie im Betriebe zubringen mußten. Sie war freilich oft genug Anlaß, für verkürzte Arbeitszeit einzutreten und zu kämpfen. Mit der fortschreitenden Vertiefung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften fiel aber in der Regel die Vesperpause fort, während die Frühstückspause beibehalten wurde.

und verdiente ein gewisses Minimum, so mußte er für seine erwachsenen arbeitslosen Kinder mit aufkommen, da in diesen Fällen letztere keine Unterstützung erhielten. Ich selbst mußte, da ich noch in Arbeit stand, einen dreundzwanzigjährigen arbeitslosen Sohn, der in seinem Beruf als Schiffsseher mehr verdiente als der Vater als Hilfsarbeiter, wiederholt mit aushalten. Wenn sich herausstellte, daß fassliche Angaben gemacht worden waren, versuchte die Behörde sehr rigoros, entzog die Unterstützung, oder wenn das nicht tunlich war, trat andere Bestrafung ein. Späterhin zog man die Leute bis zu 60 Jahren auch zu unentgeltlicher Pflichtarbeit heran, bestehend in Straßen- und Schienenbau, Schneeschaukeln usw. Weibliche Personen mußten Scheuern, Waschen, Kleiderarbeit verrichten, oder wer mit der Nadel umzugehen verstand, wurde mit Nähen und Ausbessern von Kleidungsstücken beschäftigt.

Wer Kleidung, Schuhwerk haben wollte oder sonstige Bedürfnisse hatte, mußte durch ein Gesuch darum bitten. Damit war viel Lauserei, Untersuchung bzw. Feststellung seitens der städtischen Behörde verbunden. In acht bürokratischer Weise wurde ein Gutachten über Würdigkeit und Bedürftigkeit des Petenten verlangt. Es dauerte mitunter monatelang, ehe ein Gesuch die verschiedenen Instanzen durchlaufen hatte. Endlich wurde vom Fürsorge-Ausschuß das Gesuch genehmigt oder auch abgelehnt, trotzdem der Betroffene schon halbnaht oder farblich herum lief. Die Fürsorge-Behörde war natürlich darauf bedacht, für die in besonderen Notfällen gestellten Notwendigkeiten, Schuhwerk usw., entschädigt zu werden, sobald der Beschäftigte Arbeit erhalten hatte. Nachdem mein oben erwähnter Sohn wieder in Konflikt stand, erhielt er eine Rechnung, wonach für die zur Zeit geltend gemachten Schulden Betrag ratenweise abzugelassen war, was auch geschah, um Weiterungen zu vermeiden. Ich etwas herauszuholen war, wurde es versucht und mancher war sehr enttäuscht, weil er sich in dem Glauben wiegte, daß mit dem Erhalt des erbetenen Stüdes die Sache erledigt sei.

Für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren war übrigens in der Vorkriegszeit eine nur halbstündige Pause bei höchstens sechshündiger Arbeitszeit erlaubt.

Während des Krieges konnten die Vorschriften für den Arbeiterinnen- und Jugendschutz bekanntlich auf Antrag für vorübergehende Zeit ausgeschaltet werden. Gegen Ende des Krieges dachte kaum noch ein Betrieb daran, sie innezuhalten, und auch die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sie vielfach vergessen.

Nach der Revolution traten mit dem Achtstundentag auch Vorschriften in Kraft, die kürzere Pausen zuleihen. Die zulässige halbstündige Mittagspause wurde bald die Regel. Für zahlreiche Berufe und Betriebe mag diese Pause bei achthündiger Arbeitszeit auch ausgereicht haben, obgleich im Gewerbehygienikern und andern sachkundigen Personen auch damals oft genug auf die Gesundheitschädigungen hingewiesen worden ist, die mit der Zeit daraus erwachsen müssen, daß bei der in Deutschland üblichen Art, morgens nur etwas Kaffee und ein wenig Brot zu genießen, die Arbeitskräfte unter Umständen erst nach vier und mehr Stunden wieder zu einer Mahlzeit kommen, die übrigens für die Mehrzahl auch nur aus Brot besteht. Zahlreiche Männer und Frauen können übrigens gar nicht solange ohne Nahrung sein, und da bis zur Mittagspause eine andere Essenspause nicht vorhanden ist, essen sie eben während des Arbeitens.

Diese so gefährliche Umstände bürgert sich immer mehr ein. Sie steigert sich mit der inzwischen eingetretenen Verlängerung des Arbeitstages, Gewerbeaufsichtsbeamte haben sogar schon Fälle festgestellt, wo überhaupt keine Pause am Tage gemacht wurde. In solchen Fällen muß während der Arbeit gegessen werden. Welche großen Gesundheitschädigungen daraus bei längerer Übung für die Arbeiterschaft erwachsen können und wieviel schon entstanden sind, ist gar nicht auszubedenken. Deshalb bemühen sich jetzt Gewerbeaufsichtsbeamte und andere sachverständige Persönlichkeiten, mit Hilfe der Gewerkschaften diese Gefahren dadurch zu bekämpfen, daß Pausen, die der Arbeitszeit angemessen sind, eingeführt und innegehalten werden.

Die Durchführung dieser Absicht ist nicht leicht. Die männliche und weibliche Arbeiterschaft sieht diesem Streben starken Widerstand entgegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen möglichst frühzeitig aus den unfreudlichen Arbeitsräumen heraus. Sie wollen auch frühzeitig heraus aus der Arbeitsraum; sie wollen die Zeit verlängern, wo sie Mensch sein können. Sie ist ohnehin, selbst im günstigsten Falle, nur kurz.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten sich zur Erreichung dieses Zieles aber eines anderen Mittels bedienen als der Verkürzung der Arbeitspausen, die zur längeren Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit notwendig sind. Schon bei nur achthündiger Arbeitszeit wird eine einmalige, nur halbstündige Pause von zahlreichen Sachverständigen als nicht ausreichend angesehen. Bei längerer Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach wieder in Übung gekommen ist, steigern sich natürlich die Gefahren, die aus unzureichenden Pausen entstehen.

Die Arbeiterschaft muß mit ihrer Gesundheit und mit ihrer Arbeitskraft haushalten. Sie hat heute um so mehr Ursache, vorsichtig damit umzugehen, weil die Kriegesjahre und die seit Beendigung des Krieges vorübergehende Zeit für die Mehrzahl der unbemittelten Bevölkerung Jahre der Entbehrung und der Unterernährung gewesen sind.

Deshalb darf längere Freizeit nicht auf Kosten der Arbeitspausen erworben werden. Nicht einmal vorübergehend für die Zeit, mo infolge geschwächten gewerkschaftlichen Einflusses der Achtstundentag „ab-

Waren auf dem Nachweis Stellen zu vergeben, so wurden oft nur Ausschüssen verfallen, die niemand gern annehm. Mandant handelte es sich nur um Tage, und es war für diejenigen, welche Arbeit annahmen, einmal mit Lauserei und Umständen verknüpft, um wieder in den Genuß der Unterstützung zu gelangen. Besonders stark verfuhr die Behörde, wenn in Erfahrung gebracht wurde, daß stillschweigend eine Tätigkeit gegen Bezahlung ausgeübt worden war. Fast immer waren es Schuhmacher oder Schneider, sogenannte Heimarbeiter, die sich durch kleine Arbeiten etwas verdient hatten. Täglich sprachen 6 bis 10 Betzler oder Kleinbändler vor, die um Brot oder etwas Ehbares boten, oder, um nicht gerade als Bettler zu erscheinen, Kleinstücken zum Kauf anbieten. Häufig waren es Kinder, die da barmten, der Vater habe schon lange keine Arbeit, sie hätten Hunger und nichts zu essen. Selbst in prästärer Lage war es dem Menschenfreunde unmöglich, solche Kinder ohne Gabe freizugehen zu lassen. Die Unterstützungssätze wurden öfter erhöht und ler ansetzenden Teuerung angepaßt, jedoch blieben sie völlig ungenügend und waren in ihrem realen Werte, noch ehe sie zur Auszahlung gelangten, von der Teuerung bereits wieder überholt. Die erhaltene Unterstützung wurde sozusagen dem wirklichen Vorteil entsprechend in Waren umgesetzt. Daumen im letzten Zimmer, bei ungenügender Ernährung, zumal in kinderreichen Familien, waren häufige Entrentungen die Folge der Unterernährung. Viele vermochten die Miete nicht zu erlösen. Der diesbezügliche Zustand war unzureichend, schließlich mußte die Behörde auf Beschwerde der Vermieter noch noch bestend eingreifen.

Selbst diejenigen, die nach jahrelanger dauernder Arbeit noch etwas besser stellten waren, mußten nach und nach in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen heruntersinken. Ein Schneider, den ich jetzt kenne, sagte: „Ich habe bisher in meinem Berufs stets Arbeit gehabt, jetzt seit 2 Jahren kann ich nicht mehr unterkommen, ich bin 52 Jahre alt und man verlangt nur junge Kräfte.“

gebaut“ worden ist, sollte dieser Weg gegangen werden. — Soll längere Freizeit die körperliche und geistige Entwicklung ermöglichen, dann geht der Weg zu ihr einzig und allein über die Arbeitszeit, deren Dauer abhängt von dem Einfluß, den die Arbeiterschaft durch ihre Organisation gegenüber Unternehmern und Regierungen auszuüben in der Lage ist.

Gertrud Hanna.

Schmutzige Gesellen.

In Nummer 35 der „Solidarität“ haben wir von der Beschäftigung der Lungenheilstätte unserer Ortrantenkasse in Berlin berichtet und unsere Freude ausgesprochen, daß unsere Berufsbrüder selbst in der schwersten wirtschaftlichen Zeit im vorigen Jahre eine vorbildliche Heilstätte für die Bekämpfung der Tuberkulose geschaffen hat. Auch andere Zeitungen haben von dieser sozialen Tat Kenntnis genommen. Diese objektive Würdigung einer von unsern Kollegen mitgeleiteten Krankenstätte hat bei den Mitgliedern Moskauer Oberranz heftiges Baugrimmen verursacht. Die Sämler, sinken haben sich hingelegt und im „Graphischen Bloß“ in der bekannten Weise alles dort Gesagene verunglimpft und gehässig vererrt. Hieran haben die Heiminsassen aus Reichenhain folgende Erwiderung in Nr. 88 des „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ erscheinen lassen:

„Reichenhain — Bogenheim.“ Unter dieser Schilderung wurde im „Graphischen Bloß“ die seit wenigen Monaten bestehende legerische Einrichtung einer Lungenheilstätte für die Mitglieder der Ortrantenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin in Reichenhain im oberen Erzgebirge häßlich glosiert bzw. in der satfam bekannten Manier der Bolschewits durch den Rot gezogen.

Mehrere kurzzeit in der Reichenhainer Anstalt in Behandlung befindliche Berliner Kollegen, unter ihnen ein Vertrauensmann und ein Betriebsratsmitglied zweier Berliner Großbetriebe, überantworten uns daraufhin folgende Antwort an das Organ der Buchdruckerbolschewisten: Den Kommunisten ist bekanntlich jedes Mittel recht. Abwechslungshaber muß jetzt sogar die sehr schön gelegene Heilstätte der Berliner Ortrantenkasse der Buchdrucker erhalten, um dem verhassten „Bonzentum“ eins anzuhängen. Nur das Wenigste von dem in dem Artikel Geschilderten ist zutreffend, resp. berechtigt, so z. B. die minimale Bezahlung der weiblichen Angestellten und die Kagen gegenüber dem Direktor. Falsch dagegen ist die aufgestellte Behauptung, daß die Güterzüge dort stundenlang rangieren und einen bestehenden, gelben Dampf verursachen. Wahr ist vielmehr, daß täglich vier Güterzüge abfahren und daß die Rangierfähigkeit auf dem unweit gelegenen Bahnhofs-terrain im höchsten Falle eine bis anderthalb Stunden täglich dauert. Von dem bestehenden gelben Dampf spürt man äußerst selten mal etwas. Auf böser Liebertrübung beruht auch, was in dem Laborat des Bolschewistenbüros von dem angeblich früh bis spät hörbaren Geräusch der in der Nähe der Heilstätte liegenden Schneemühle gesagt wird. Die Kreislinie scheint nur für kommunizierende Ohren hörbar zu sein; dort hört man so bekanntlich selbst das Gras wachsen. Da die Heilstätte erst im Entstehen begriffen ist, sind selbstverständlich auch die Parkanlagen noch nicht völlig fertiggestellt. Wer aber Augen hat zu sehen, kann feststellen, daß fleißig daran gearbeitet wird. Die kritische Trennung der männlichen und der weiblichen Personen mit jeder Eingeweihte a's eine unbedingte Notwendigkeit empfinden. Was schließlich noch über die Einweihungsfeier alles mitzuteilen über, beruht zum Teil auf blässen Neid und Verheugungslust. Das Geschrei im „Graphischen Bloß“ hat bei dem größten Teil der Patienten lebhaften Unwillen hervorgerufen. Fast alle Patienten sind sowohl bei der Behandlung, wie auch bei der Verpflegung zufrieden. Selbstverständlich kommt es auch mal vor, daß Beanstandungen beim Essen erfolgen. Aber kommt deraartiges nicht in jeder Anstalt, man kann sogar sagen in jedem Haushalt vor? Auf keinen Fall darf durch berartige Kleinigkeiten ein Werk edler Nächstenliebe, wie es die Reichenhainer Helfensart der Berliner Ortrantenkasse für das Buchdruckgewerbe darstellt, durch anonyme Fanaliten und zappelige Phantasien in Mißkredit gebracht werden.“

Für den stillen Beobachter war es interessant, den Unterhaltungen über Politik und wirtschaftliche Lauesfragen zu folgen. Gerade unter den Arbeitslosen glaubten kommunistische Kaitoren das Feld ihrer Tätig gefunden zu haben. Der Anhänger der freien Gewerkschaft war, oder sonst dafür eintrat, wurde für rückständig und reaktionär erklärt. Hauptächlich gegen die Gewerkschaftsbureaokratie und die Futterschneepolitik wurde losgezogen, und die ganz radikalen predigen von der absaldbigen Vermittlung aller Gewerkschaften unter Hinweis auf ihre kommunizierenden Ideale, die allein der Arbeiterschaft die Erlösung vom kapitalistischen Joch bringen werden. Unter den jüngeren Leuten ließen sich viele überreden, sie erklärten ihren Austritt durch Vermittlung solcher Schreier, die die Sache in die Hand nahmen. Alle Bedenken Einflüßigkeits, welche warnten, den Bestand der alten Gewerkschaften zu erschüttern und bereits ererbene Rechte preiszugeben, hatten nur selten bei diesen Beförten Erfolg.

Unverdenklich die Normfälle, die von gewissen Kreisen den Arbeitslosen nachgeschickt wurden. Gleichwohl würde jede beschäftigungslose Person gern gearbeitet haben, aber es muß festgestellt werden, daß einzelne Unternehmer die Notlage ihrer Mitmenschen in ihrem Interesse auszunutzen wollten. Man versuchte häufig, unter Außerachtlassung tariflicher Abmachungen die Löhne eigenmächtig nach Belieben festzusetzen, worauf organisierte Arbeiter nicht eingehen konnten.

Hoffentlich wird der deutschen Arbeiterschaft eine Wiederholung solcher Zeiten im Zukunft erspart bleiben. Viele sind durch diese Katastrophe so verarmt, daß Jahre dazu gehören, ehe sie wieder das wirtschaftliche Gleichgewicht erlangen. Aber auch die maßgebenden Regierungsklassen waren der Lage nicht gewachsen und versuchten gegen den Kapitalismus, der zweifellos zur Behebung der wirtschaftlichen Krise mehr herangezogen werden konnte, zu nachlässig. Nur diejenigen, die die Werte durch ihre Arbeit schaffen, mußten das Elend auskosten. M. S.

Zu dieser Verabreichung hat der Vorstand der Ortrankenfalle dem „Korrespondent“ folgende Zeilen gehen lassen: „Reizhain — Bogenheim.“ Zu der unter dieser Stichmarke für die gebrauchten Entgegung der Patienten der Lungenschwäche Reizhain auf die unbegründeten Anspöckungen dieser Anstalt im „Graphischen Bild“ erheben wir vom Vorstand der Ortrankenfalle für das Buchdruckereiwesen zu Berlin nach folgende Mitteilung: In Nummer 88 des „Korrespondenten“ haben die Pfleger unserer Lungenschwäche in Reizhain die gegängigen Angriffe im „Graphischen Bild“ gegen unsere Anstalt im allgemeinen treffend zurückgewiesen. Nur in zwei Punkten wird auch hier den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung getragen. So wird die Frage über die minimale Bezahlung der weiblichen Angestellten und über den Direktor für berechtigt erklärt. Diese Behauptung ist nicht richtig. Die Angestellten werden über die ortsüblichen Tariffätze der dortigen Gegend bezahlt. Unsere Mitglieder vergessen, daß dem Personal neben dem Besoldung freie Wohnung, Verpflegung, Wäsche usw. gewährt wird. Hierdurch muß die Barrenschädigung natürlich niedriger sein wie die eines Arbeiters in der Industrie, der von seinem Lohn alle diese Ausgaben bestreiten muß. Der von uns gewährte Reallohn ist daher sowohl bei den weiblichen wie bei den männlichen Angestellten höher als der derzeitige Tarif, ohne eines Buchdruckers oder einer Metzgerin in Berlin. Auch der Vorwurf gegen die Anstaltsleitung trifft nicht zu und ist auf die Klatscherei einiger weiblicher Angestellter, deren unqualifiziertes Betragen den Vorstand zu einem Einschreiten gezwungen hat, zurückzuführen. Der Vorstand hat durch die Errichtung der Anstalt zu einer Zeit, als Reich, Staat, Gemeinden, Landesversicherungsanstalten und Angestelltenversicherung das vorbeugende Heilverfahren abzubauen oder ganz einstellen, bewiesen, daß ihm die Gesundheit der Mitglieder über alles geht. Was für die Errichtung der Anstalt maßgebend war, wird auch für den Betrieb nicht anders sein. Berechtigte Beschwerden werden stets anerkannt und abgeklärt, gegängige oder unmotiviertere Angriffe müssen aber zurückgewiesen werden. Bei Anwesenheit des Geschäftsführers in der vorigen Woche sind die Fragen besprochen und klargestellt. Nach dieser Aufklärung bleibt rein gar nichts mehr von den bolschewistischen Hirngespinnissen übrig.“

Von den im „Graphischen Bild“ erhobenen Vorwürfen ist also nichts übrig geblieben. Besser kann die Tätigkeit der Mostauer im Herunterreißen von praktischer Arbeit auf sozialem Gebiete nicht bewiesen werden. Es erübrigt sich, noch ein Wort hinzuzufügen.

Aus dem Steindruckgewerbe.

München.

Das Hilfspersonal in den hiesigen Steindruckereien beauftragte den Vorstand, nachstehende Forderungen in der Spitze, zahlbar ab 25. Oktober 1924, einzureichen:

Für Steinschleifer	38 Mt.
„ Hilfsarbeiter	24 „
„ Einlegerinnen	33 „
„ Bogenfängerinnen	21 „
„ Drilkmädchen	19 „
„ Hilfsarbeiterinnen	20 „

Am Donnerstag, den 30. Oktober 1924 fanden deshalb mit den Vertretern der Prinzipale Verhandlungen statt, die zu keinem abschließenden Ergebnis führten. Das Entgegenkommen war so minimal, daß von einer eigenartigen Zugabe den derzeitigen verteuerten Lebensverhältnissen entsprechend nicht gesprochen werden kann.

Da das Hilfspersonal nicht gewillt ist, auf seine Kosten die Betriebe rentabel zu gestalten, reichte es am Freitag, den 31. Oktober 1924 geschlossen die Kündigung ein. Die Kollegen und Kolleginnen sind entschlossen, ihre eingereichten Forderungen mit allem Ernst durchzusetzen. Da die Kündigungsdauer eine 14 tägige ist, erfolgt der Austritt am Samstag, den 15. November 1924, wenn eine Einigung in der Zwischenzeit nicht mehr möglich ist. Daß eine Verständigung möglich sein dürfte, beweisen uns die in den letzten Tagen abgeschlossenen Hausverträge der Firma Rudolf Caroli und Sonntag u. Co. in München, die einen Lohn für Steinschleifer von 44 Mt., und 23 bis 24 Mt. Wochenlohn für Anlegerrinnen vorsehen. Allerdings sind diese beiden Firmen nicht im Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer, wo berufsende Herren scheinbar die Bezahlung haben ergehen lassen, überhaupt nichts mehr zu geben und so Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit zum Schaden der Betriebe vollends untergraben.

Die nächsten Tage werden uns lehren, ob durch die Kurzfristigkeit eines Syndikats das Münchener Steindruckgewerbe einer Katastrophe entgeht oder ob durch soziales Verständnis und Entgegenkommen, was wir bisher immer noch bis zu einem gewissen Grade seitens unserer Prinzipale konstatieren konnten, der Wirtschaftsfrieden im Gewerbe gesichert bleibt.

Aus den Zahlstellen.

Zugsburg. In unserer Oktobermitgliederversammlung gab Gauleiter Kollege Lehmer eingehenden Bericht über die Lage im Buch- und Steindruckgewerbe, aus dem zu entnehmen war, daß versucht wird, die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder zu heben. Darum ist das Lohnabkommen zum 31. Oktober gekündigt worden. Kollege Lehmer wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich einer allgemeinen Lohnerhöhung im Buch- und Steindruckgewerbe entgegenstellen, kam bei dieser Gelegenheit auf das Damms-Gutachten zu sprechen und machte darauf aufmerksam, daß die Gesamtindustrie Deutschlands verlor, die Kosten aus dem Sonderabkommen auf die Schultern der arbeitenden Masse abzuwälzen. Die Unternehmer wollen eher einen Lohnabbau vornehmen, als der ständig aufwärts bewegenden Preisbildung Rechnung tragen.

Dann gab Kollege Lehmer einen Bericht von der Konferenz in Dresden über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Gerade hier am Orte sollte sich die Kollegenschaft erinnern, wie hart es ist, arbeitslos zu sein. Die Mitglieder haben doch am eigenen Leibe verspürt, was für eine gute Hilfe eine Marx' Unterstützung von der Organisation ausmacht. Aus diesem Grunde sollte jedes Mitglied die

neue Beitragserhöhung hinnehmen mit dem Gedanken, daß sie unseren arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen zugute kommt. Daß alle Mitglieder wieder die „Solidarität“ erhalten, ist zu begrüßen. War doch unsere „Solidarität“ als Bindeglied zwischen Verband und Kollegenschaft sowie in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht von ausdauernder Bedeutung. In der Diskussion begrüßte Kollege Herb die neue Beitragserhöhung und erklärte sich bereit, einen noch höheren Beitrag zu zahlen, nur wünschte er, daß der Unterstützungsrate durch Einführung von Kranken-, Sterbe- und Invalidenunterstützung mehr Augenmerk zu schenken sei. Er glaubt, daß durch Aufgabe der Kampfeinstellung den Unternehmern gegenüber die Gelder für Unterstützungs-zwecke frei werden und die Mitglieder dadurch mehr an die Organisation gebunden würden. Er verzog nur, dabei zu sagen, wie die graphische Hilfsarbeiterchaft in Zukunft ihre Lage verbessern soll, wenn die gesamten Gelder durch Unterstützungen aufgebracht werden. Nach mehrmaligen Ermahnungen des Gauleiters und des Vorstehenden kam die Verammlung zu der Anschauung, daß die Beitragserhöhung getragen werden müsse und wenn es auch noch manchen Kampf kosten würde, alle Mitglieder von der Notwendigkeit zu überzeugen.

Dresden. Am 20. Oktober tagte in den Annähen eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Stein- und Buchdruckereiwesens. Der Vorsitzende Kollege Herrmann sprach über die fortgesetzte Preissteigerung. Die Arbeiter lehnen in den Verhandlungen jede Forderung der Arbeiter ab, um die Preisentlastungen der Reichsregierung nicht zu gefährden. In der Fassung allgemeiner Ausreden, um eine den Verhältnissen entsprechende Heraussetzung der Löhne abzulehnen, besitzen die Arbeitgeber zweifellos eine gewisse Virtuosität. Sider wäre den Arbeitern mit einer Erhöhung des Reallohnens durch eine allgemeine Preisentlastung mehr geboten als durch eine zahlenmäßige Heraussetzung ihres Lohnes. Zu dieser Erkenntnis ist durch die Erfahrungen in der Inflationszeit auch der volkswirtschaftlich am wenigsten geschulte Arbeiter gelangt. Deshalb würde es jeder Arbeiter begrüßen, wenn die Bemühungen der Regierung nach Preisentlastung Erfolg hätten. Leider ist es aber zu beobachten, daß trotz gleich niedriger Löhne seit Mai d. J. die Preise immer lustig weiter steigen. Das besonders Beunruhigende dabei ist, daß für die nächste Zeit die Preisentlastung nach oben noch anhalten wird. Das Nominallohn der Arbeiter muß etwa um die Hälfte höher sein als vor dem Kriege, wenn die gleiche Kaufkraft erreicht werden soll. Trotz alledem jagt die Vereinigung deutscher Unternehmerverbände in ihrer Denkschrift über die Lohnpolitik, daß das deutsche Unternehmertum in der Lohnfrage genügend getan zu haben glaubt.

Auf den Beschluß der letzten Funktionärerversammlung eingehend, gab Kollege Herrmann das an die Unternehmer gerichtete Schreiben betreffs Lohnerhöhung sowie die schon darauf erfolgte Antwort bekannt, die durch ihren Inhalt große Heiterkeit in der Versammlung auslöste. Redner schilderte weiter den bei der Lehmer'schen Firma beigesetzten Streit unserer Kollegenschaft. Er brachte die gestellten Forderungen der Lohnkommission sowie einige reaktionelle Tarifänderungen zur Kenntnis der Versammlung. Zum Schluß seiner Ausführungen ging er auf die unbedingten Fragen verschiedener Mitglieder ein. Günstig beeinflussen werden wir unsere Lohnverhältnisse nur durch eine geschlossene, kampfsunmüde, gewerkschaftlich und disziplinierte Mitgliederchaft. In der Debatte kam der Unwille gegen das unsoziale brüsternde Verhalten der Prinzipale zum Ausdruck. Auch wurden einige Bedenken gegen die zu erfolgenden Änderungen des Abkommens laut, welche aber durch das Schlusswort des Kollegen Herrmann zerstreut wurden. Die Lohnkommission wurde beauftragt, nach ihren gefassten Beschlüssen weiter zu arbeiten.

Nach Erledigung einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten und Ermahnung des Vorstehenden, dem Ruf der Verbandsleitung sofort und vollständig zu folgen, fand die von gutem Geiste getragene Versammlung ihr Ende.

Karlsruhe. Am Donnerstag, den 6. November 1924 fand eine stark besuchte Mitglieder-Versammlung der Karlsruher Buchdruckereiwesens statt, die Stellung nahmen zu der Lohnbewegung in ganz Deutschland.

Nach einem ausführlichen Bericht des Vorstehenden Ratlegen Rieger wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Karlsruher Buchdruckereiwesensarbeiter machen die Forderungen der Zentralinstanzen zu ihren eigenen und sind gewillt, für deren Durchsetzung alle gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung zu bringen.

Die Nichttunen ihres Zentralvorstandes sind in diesem Lohnkampfe reiflos durchzuführen. Geschlossen mit den Gehilfen sind die Kündigungen einzuziehen und der Kampf ist bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Mainz. Am Mittwoch, den 22. Oktober, fand im „Göttern Pfing“ eine öffentlich Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Was hat unser Verband bis jetzt den Mitgliedern geboten und welche Aufgaben stehen uns noch bevor?“ Als Referent waren Kollege Ernst Hornte aus Berlin erschienen. Eingang seiner Ausführungen kam der Redner auf die geistige Einstellung und irrtümliche Meinung vieler Berufskollegen und -kolleginnen zu sprechen, die in der Verzerrung über die wirtschaftlichen Nöte sehr oft die Neuerung tun: „Die Gewerkschaften haben verlagert, sie haben die an sie gestellten Forderungen nicht erfüllt.“ Kollege Hornte brachte in seinem Vortrage interessante Darlegungen über die Lohnpolitik des Verbandes, die erwähnten Redensarten auf ihren wahren Wert zurückführten. Der Verbandstag in Frankfurt a. M. hat in einer Entscheidung bestimmt, daß der Abschluß von Zentraltarifen sowohl für den Buchdruck wie für den Steindruck dem Abschluß von Orts- Bezirks- wie Hausarbeiten vorgezogen sei. Diese Richtlinien zeichneten dem Vorstand den Weg, den er bisher gegangen ist. Widerspruch gab es so wohl im Lager der Kollegenschaft wie auf Seiten der Prinzipale. Zurüdtretend bis zum Jahre 1919 entrollte der Referent ein Bild unserer Verbandsgeschichte und Lohnpolitik bis zum heutigen Tage. Besonders beleuchtete er die Zeit der schlimmsten Lage der Inflation. Wenn der Verband in jenen Tagen den Ansturm des früh gewordenen Unternehmertums ausweichen mußte, so lag dies an den Verhältnissen. Das Verbandsvermögen war in der Inflation in ein Nichts zerfallen, wollten wir wieder aktions-

fähig werden, so mußten wir wieder aufs neue einen Kampf schaffen. Um dies zu erreichen, mußte zur zeitweiligen Einstellung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung geschritten werden. Daß es damals Kollegen und Kolleginnen gab, die dem Verband in kritischer Zeit den Rücken kehrten, ist bedauerlich. Trotzdem sei es uns dank dem guten Geiste, der dem größten Teil unserer Kollegenschaft innewohnt, in kurzer Zeit wieder gelungen, den größten Teil der verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Viele von denen, die uns in feindseliger Verzerrung und Missetätigkeit verlassen, sind bereits wieder zurückgekehrt. Die verschiedenartigen Verschönerungsanträge einiger Prinzipalgruppen haben vielen doch die Augen geöffnet. Noch sind wir nicht über den Graben. Es heißt scharf Auszug halten, die Gefahren rechtzeitig erkennen und stets zur Abwehr gerüstet zu sein. Deshalb muß es unsere Aufgabe sein, die noch Abtrünnigen in unsere Reihen zurückzuführen.

Der Redner schloß mit den Worten: Kollegenschaft! Ich bin nicht hierher gekommen, um sie aufzutreiben, sondern um sie auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen noch drohen. Und dann, um ihnen den Weg zu zeigen, den sie gehen müssen, um die drohenden Gefahren abzuwenden. Nach einigen Ausführungen des Vorstehenden, die er besonders an die Funktionäre richtete, machte Kollege Rath, Frankfurt a. M., noch ergänzende Ausführungen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Unfallverhütungpropaganda durch das Bild. Wie bekannt, hat die beim Verbands der Deutschen Berufsvereinigungen eingerichtete Zentralstelle für Unfallverhütung u. a. auch eine umfassende Bildpropaganda auf ihrem Programm. Zu diesem Zweck ist bereits vor einigen Monaten eine besondere Unfallverhütungsgesellschaft (u. m. b. V.) ins Leben gerufen worden. Sie hat die Aufgabe, fortlaufend gute Unfallbilder, von Künstlerhand gezeichnet, herstellen zu lassen und planmäßig zu verbreiten. Die ersten dieser Bilder sind inzwischen erschienen und hinausgegangen (oder sollen in den nächsten Tagen hinausgehen). Bei dem einen handelt es sich um ein allgemeines Bildplakat, das auf die noch immer allzu große Zahl der Unfälle hinweist und jedem im Betriebe Stehenden naht, zur Verhütung und Verringerung der Unfälle das Seine beizutragen. Das zweite Bildplakat mahnt insbesondere zum Schutze der Augen.

Das wichtigste Problem bei dieser wie bei jeder Unfallverhütungpropaganda ist die Art der Verbreitung. Man hat sich hier entschlossen, sich der Hilfe der Berufsvereinigungen selbst zu bedienen, die die Bilder und Plakate zunächst in jeden einzelnen Betrieb bringen können und sollen. Sache des Arbeitgebers wie auch der Arbeitervereinigungen wird es dann natürlich sein, für die regelmäßige und möglichst augenfällige Plakatisierung der Bilder zu sorgen, immer in dem Bewußtsein, daß damit das Interesse aller im Betriebe Tätigen und an dem Betrieb Beteiligten gefördert wird: der Arbeiter und Angestellten, der Unternehmer und der Berufsvereinigungen als Versicherungsträgerin. Intensivere und systematische Betämpfung der noch immer allzu häufigen Unfälle, insbesondere der durch Fahrlässigkeit, Leichtsinn und Unachtsamkeit hervorgerufenen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesamtvereinigungen. Darum ist der neuen Organisation die allgemeine Unterstützung dringend zu wünschen, die allein einen wirklichen Erfolg verbürgt.

Abrechnungen.

Bom 3. bis 8. November gingen folgende Beiträge bei der Hauptkasse ein:

- Gau 2. Frankfurt am Main 1000 Mt.
- Gau 4. München 1542,56 Mt.
- Berlin, den 8. November 1924. J. Lodaql

Literatur.

Kalender für die Arbeiterjugend 1925. 80 Seiten stark in festem Kapuzinendruck, zweifach gezeichnet, Preis 0,40 Mt., Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8.

Ein schmüdes, kleines Büchlein ist dieser Taschenrechner, in Druck und Ausstattung saubere Arbeit. Da der Rechner besonders für Jugendbuchhändler bestimmt ist, bringt er außer der Tabelle die nötigen mit einer ganz neuen Methode verknüpfen. Er ist in einem kleinen, handlichen Taschenformat hergestellt und wird sich gewiß viele Freunde erwerben.

Neue Wege zum Kleinwohnungsbaue. Ein Problem der Sozialhilfe. Von Dr. Hugo Wagnier. Herausgegeben von der Reichswohnungsbaueinsparungskasse für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Berlin S. 14, Inselstr. 6. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Preis 0,75 Mt.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit. Band I. Hermann Knoll, Landwehrweg 10, Berlin SW. 19. Preis 1,10 Mt.

Die Jugendbetriebe des RWB. Beginn mit diesem Bündchen die Herausgabe einer neuen Sammlung von Jugendbüchlein, die die Arbeit der Jugendbetriebe und ihrer Arbeit, die in einem kleinen, handlichen Taschenformat, die Freude und Eifer der Jugendlichen betraut zu machen. Der uns vorliegende erste Band behandelt auf etwa 14 Druckseiten in klaffer und verständlicher Weise die Entstehung der ersten Organisationen des Sandwerks, deren Charakter und Betätigungsfelder. Ein Band einer großen Zahl hilfreicher Arbeit für die Jugendbetriebe, die Freude und Eifer der Jugendlichen betraut zu machen. Der uns vorliegende erste Band behandelt auf etwa 14 Druckseiten in klaffer und verständlicher Weise die Entstehung der ersten Organisationen des Sandwerks, deren Charakter und Betätigungsfelder. Ein Band einer großen Zahl hilfreicher Arbeit für die Jugendbetriebe, die Freude und Eifer der Jugendlichen betraut zu machen. Der uns vorliegende erste Band behandelt auf etwa 14 Druckseiten in klaffer und verständlicher Weise die Entstehung der ersten Organisationen des Sandwerks, deren Charakter und Betätigungsfelder. Ein Band einer großen Zahl hilfreicher Arbeit für die Jugendbetriebe, die Freude und Eifer der Jugendlichen betraut zu machen.

Das 60-jährige Jubiläum der Arbeiterinternationalen steht in dem großen Gedächtnis fest der unvollständigen Internationalen Monatsblätter. Die „Zentralblätter“ in Wert und Inhalt. Ein besonders sinnvolles Bild ist dem ersten Internationalen Monatsblätter, die im Oktober, der im Oktober in Wien tagte, gewidmet. In der Beilage „Nicht über das Land“ ist eine gute Monographie von der Sozialarbeiter der Internationalen in Wien enthalten. Ein anderes Bild zeigt die Geschichte der sozialistischen Arbeiterinternationalen vom dem ersten bis zum letzten Internationalen Kongress, und wie die Delegierten des ersten Internationalen Arbeiterkongresses sich in einem Bild festsetzten. Unter Text ergänzt das Bild der Weltkarte, die dem 60-jährigen Jubiläum der Arbeiterinternationalen gewidmet ist und die wie allen weiteren Jahren festhalten werden. Das Einzelheft kostet 15 Kopfenne. Inhaltsverzeichnis und Preisverzeichnis. Preisverzeichnis ist dem Buch unentgeltlich die Beilage, Wien IV, Mittelstr. 8a.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schula. Charlottenburg Westendstr. 16. Fernr. 1. Am 1. Weltkrieg 1923. Verlag: J. Lodaql, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.